

Kunst die Mehrarbeit über 48 Stunden wöchentlich, soweit sie tariflich zulässig ist, noch von einer besonderen Genehmigung der zuständigen Behörden abhängig gemacht werden soll. Die Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn den Arbeitgebern andere Maßnahmen, insbesondere die Neueinstellung von Arbeitnehmern, nicht zugemutet werden können.

Die zweite Gruppe umfasst die Gewerbebetriebe, bei denen die wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Stunden herabgesetzt wird.

Unter die erste Gruppe fallen: Bergbau, Salinenwesen, mit Bergbau verbundene Werke, Industrie der Steine und Erden, Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren, Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugindustrie, elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik, chemische Industrie, Textilindustrie, Papierindustrie und Veredelungsindustrie, Leder- und Knochenindustrie, Kaufmanns- und Bekleidungsindustrie, Holz- und Schnitzstoffgewerbe, Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie, Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Bekleidungsindustrie, Langgewerbe und Baunehgewerbe, aus dem Handelsgewerbe Großhandel, Ein- und Ausführhandel, Banken, Privatversicherungen.

Unter die zweite Gruppe fallen: Bergbau, Salinenwesen, Steine und Erden, Chemie, Papierindustrie und Veredelungsindustrie, Mäzereien und Brauereien, Bauunternehmungen und Bauhandwerk.

## Die Reichstagsitzung am 9. Mai.

Was bringt die Tagesordnung?

In der nächsten Sitzung des Reichstages, die nach dem Beschluß des Ältestenrates am Montag, den 9. Mai, stattfindet, steht die Beratung des von der Regierung vorgelegten Schuldenkündigungsgesetzes, durch das die Prager Anleihe verlängert werden soll, auf der Tagesordnung.

In Verbindung damit wird eine politische Aussprache stattfinden, die auch als erste Lesung des Reichshaushaltsgesetzes für 1932 anzusehen ist. Als Grundlage dafür wird der bis dahin fertiggestellte und dem Reichstag zugeleitete Haushaltsentwurf dienen, obwohl der Reichsrat diesen Entwurf bis dahin noch nicht verabschiedet haben dürfte. Ferner sollen in der Aussprache die Anträge der Parteien mitberaten werden.

Die Nationalsozialisten bereiten unter Hinweis auf den Ausfall der Wählerwahlen einen Antrag auf Auflösung und Neuwahl des Reichstages vor. Die Kommunisten werden eine Interpellation einbringen, die sich mit dem Fall Kreuzer beschäftigt. In der Reichstagsitzung, die zunächst nur vier Tage dauern wird, wird auch ein Gesetz über die Abfindung auscheidender weiblicher Beamter beraten werden.

Nach der am 12. Mai eintretenden Pfingstpause wird der Reichstag voraussichtlich erst in der letzten Mai- oder ersten Juniwoche wieder zusammentreten. Die Reichstagsitzung am 9. Mai beginnt um 16 Uhr.

Dem Ältestenrat lag ferner ein Telegramm der Nationalsozialisten an den Reichstagspräsidenten Voede vor, das die sofortige Freilassung des in Wien wegen des Zwischenfalls mit dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Weiss festgenommenen Abgeordneten Dr. Lech verlangt. Der Ältestenrat nahm davon Kenntnis, daß dieses Telegramm zur Prüfung des Reichsinnenministerium weitergeleitet worden ist.

## Hindenburgs zweite Wahlperiode.

Berlin, 26. April. Nach einer Meldung der Germania verlautet, daß die zweite Amtsperiode des Reichspräsidenten von Hindenburg in einer feierlichen Weise eingeleitet werden soll. Die Reichsregierung wird Hoggenschmuck anordnen und die Länderregierungen werden das gleiche tun. Es ist weiter in Aussicht genommen, daß ein Gottesdienst im Dom stattfinden wird, an dem der Reichspräsident von Hindenburg teilnehmen wird. Die Reichswehr wird es sich nicht nehmen lassen, ihrem Oberbefehlshaber aus Anlaß seiner zweiten Amtsperiode militärische Ehren zu erweisen, außerdem dürfte ein Empfang der Reichsregierung und des Reichstagspräsidiums stattfinden.

Die Frage der Eidesleistung wird dadurch geklärt sein, daß der Reichspräsident von Hindenburg als Staatsoberhaupt selbst der Auffassung ist, daß aus ethischen und religiösen Gründen ihn der einmal geleistete Eid für immer bindet.

## Zusammentritt des neuen Preußenparlaments.

Erste Sitzung am 24. Mai.

Die Entscheidung darüber, wann der neugewählte Preussische Landtag zusammentreten wird, ist bereits gefallen. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat das preussische Staatsministerium auf Grund des Artikels 17 der preussischen Verfassung beschlossen, den neuen Landtag zum 24. Mai d. J. einzuberufen und ihm als verfassungsmäßige Folge aus dem Ausfall der Wahlen seinen Rücktritt in seiner Gesamtheit mitzuteilen.

Die Gründe für die Entschlüsse der preussischen Staatsregierung werden amtlich wie folgt auseinandergesetzt:

Eine frühere Einberufung des Landtages als zum 24. Mai ist, abgesehen davon, daß die Legislaturperiode des alten Landtages noch bis zum 20. Mai läuft, aus technischen Gründen unmöglich. Auch eine Auflösung des jetzigen Landtages könnte den Termin nicht verfrühen, denn der Landtag kann nicht eher zusammentreten, bis ein den Bestimmungen des Landeswahlgesetzes entsprechendes amtliches Wahlergebnis zusammen mit den Annahmeerklärungen der einzelnen gewählten Abgeordneten vorliegt. Gemäß § 25 des Landeswahlgesetzes verzögert sich die Feststellung des endgültigen Ergebnisses deshalb, weil die Erklärung der einzelnen Parteien abgewartet werden muß, welche ihrer Kandidaten der Landesliste zum Abgeordneten vorgeschlagen werden; denn während früher die Abgeordneten der Landesliste automatisch aufrückten, wenn ihre Vorgänger ihren Kreiswahlvorschlag angenommen hatten, ist jetzt unter Außerachtlassung der Reihenfolge die Bestimmung der Abgeordneten aus der Landesliste den Entscheidungen der Parteien vorbehalten. Der Landeswahlleiter muß deshalb erst eine achtstägige Entscheidungsfrist der Parteien abwarten, ehe er an die einzelnen Abgeordneten mit der Frage herantritt, ob sie die Wahl auf der Landesliste annehmen. Endlich kann der Landtag weder unmittelbar

vor noch unmittelbar nach Pfingsten, das auf den 15. und 16. Mai fällt, einberufen werden.

Artikel 17 der preussischen Verfassung, auf den sich die Verlautbarung der preussischen Staatsregierung bezieht, bestimmt: „Zur ersten Tagung nach jeder Neuwahl tritt der Landtag zusammen am 30. Tage nach Beginn der Wahlperiode, falls ihn nicht das Staatsministerium früher beruft.“ Artikel 59 sagt: „Tritt das Staatsministerium in seiner Gesamtheit zurück, so führen die zurückgetretenen Minister die laufenden Geschäfte bis zu deren Übernahme durch die neuen Minister weiter.“

## Langsame Klärung.

Die Meinung des Zentrums.

Wie von Zentrumseite verlautet, ist entgegen anderslautenden Meldungen vorläufig nicht damit zu rechnen, daß irgendwelche parteiamtlichen Verhandlungen zwischen der preussischen Zentrumsfraktion und den Nationalsozialisten beginnen werden. Auch die Meldung über eine unverbindliche Fühlungnahme zwischen Angehörigen der Zentrumspartei und Nationalsozialisten wird als unrichtig bezeichnet.

In Zentrumskreisen ist man der Ansicht, daß vor der Rückkehr des Reichszanklers aus Genf überhaupt keine Verhandlungen ausgenommen werden können. Erst nach einer eingehenden Aussprache der maßgeblichen Zentrumsführer mit dem Reichszankler werde sich klären, was für eine Haltung die Partei künftig einnehmen werde. Hierbei wird jedoch betont, daß die letzte Entscheidung selbstverständlich bei der Zentrumsfraktion des neuen Preussischen Landtages — nach dessen Zusammentritt — liegen werde. Die Zentrumsfraktion sei eben in ihren Entschlüssen souverän. Es würden also an sie keinerlei Anregungen herangetragen werden. Was die Zentrumsfraktion dann beschließen werde, stehe dahin. Auch legt man Wert auf die Feststellung, daß nach Ansicht des Zentrums die Initiative zu irgendwelchen Verhandlungen von nationalsozialistischer Seite ausgehen muß. Es genüge nicht, wenn von nationalsozialistischer Seite erklärt werde, daß man zu Verhandlungen bereit sei.

Aber die Aussichten etwaiger Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum ließe sich nichts sagen. Das Zentrum habe bereits erklärt, daß es mit jeder Partei zusammenarbeiten wolle, die sich auf den Boden der Verfassung stelle. Angefaßt dieser Sachlage wird von Zentrumseite dringend davor gewarnt, irgendwelchen Gerüchten über Absichten oder Verhandlungen des Zentrums Glauben zu schenken. Im übrigen ist man beim Zentrum der Ansicht, daß selbstverständlich bei allen Entschlüssen in Preußen weitgehend Rücksicht auf die Verhältnisse im Reich zu nehmen sein werde.

Wenn der für Mai geplante Parteitag des Zentrums zusammentreten wird, ist noch ungewiß. Eine Entscheidung hierüber dürfte erst nach Abschluß der Besprechungen des Zanklers fallen.

In Berliner politischen Kreisen rechnet man angesichts dieser Sachlage damit, daß eine Klärung der politischen Verhältnisse nach den Landtagswahlen erst in einigen Wochen eintritt.

Diese Aussagen aus führenden Zentrumskreisen stützen auf Zeitungsnachrichten, die wissen wollten, daß bereits am Montag bei der preussischen Zentrumsfraktion von nationalsozialistischer Seite die Anfrage erfolgt sein soll, ob das Zentrum zu gemeinsamen Besprechungen bereit sei. Die offiziellen Verhandlungen sollten nach dieser Nachricht in den nächsten Tagen beginnen, zu denen der Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Kaas, nach Berlin kommen werde. Auch Hiler wird in den nächsten Tagen in Berlin erwartet, um hier die Koalitionsbesprechungen der Nationalsozialisten mit dem Zentrum zu leiten. Der Parteitag des Zentrums im Mai ist zu dem besonderen Zweck einberufen, um eine Entscheidung über die künftige Politik des Zentrums zu treffen.

## Thälmann meldet sich.

Der Führer der Kommunisten in Deutschland, Abg. Thälmann, erklärte dem Berliner Korrespondenten der „Daily Mail“, die Kommunistische Partei werde alles tun, was in ihrer Macht stehe, um eine nationalsozialistische Regierung in Preußen zu verhindern.

## Vor einer neuen Diskontsenkung der Reichsbank.

Berlin, 27. April. Nach Informationen des DSD, ist der Zentralausschuß der Reichsbank auf heute nachmittag 15 Uhr einberufen worden. Angesichts der fortlaufenden Entlastung des Reichsbankstatus ist mit einer Senkung der Diskontsätze von 5% auf 3 v. H. zu rechnen.

## Die NSDAP. fordert Reichstagsauflösung u. Aufhebung des SA.-Verbotes.

München, 27. April. Die Reichstagsfraktion der NSDAP. hat folgende Anträge im Reichstag eingebracht:

1. Der Reichstag wolle beschließen: Der Herr Reichspräsident wird ersucht, den Reichstag gemäß Artikel 25 der Reichsverfassung aufzulösen.
2. Der Reichstag wolle beschließen: Gemäß Artikel 34 der Reichsverfassung einen Untersuchungsausschuß einzusetzen zur Untersuchung der Frage, ob und welche öffentlichen Mittel für die Hindenburg-Wahlpropaganda im Reichspräsidentenwahlkampf in Anspruch genommen wurden.
3. Der Reichstag wolle beschließen: Die Verordnung des Reichspräsidenten über Auflösung der SA. und SS. der NSDAP. aufzuheben.

## Grenzverletzung durch französische Militärflugzeuge.

Trier, 26. April. Am Dienstag nachmittag überflogen zwei französische Militärflugzeuge die Ortschaft Valzem (Obermosel). Eines der beiden Flugzeuge landete in der Nähe des Ortes auf freiem Felde. Der zweite Apparat, der mehrmals über der Landungsstelle kreiste, flog kurz darauf in Richtung nach der französischen Grenze ab. Landjäger und Polizeibeamte nahmen den Flieger, einen Unteroffizier, in Schußhaft. Er erklärte, daß er von Straßburg komme und sich verfliegen habe.

## Aus unerer Heimat

Wilsdruff, am 27. April 1932.

|  |                                  |                  |  |
|--|----------------------------------|------------------|--|
| Merkblatt für den 28. April.                               |                                  |                  |  |
| Sonnenaufgang  | 4 <sup>11</sup>   Mondaufgang    | 2 <sup>08</sup>  |  |
| Sonnenuntergang  | 19 <sup>17</sup>   Monduntergang | 11 <sup>18</sup> |  |
| 1896: Der Geschichtsforscher Heinrich von Treitschke gest. |                                  |                  |  |

Der Schulausschuß der hiesigen Verbandsberufsschule tagte gestern nachmittag in öffentlicher Sitzung im Sitzungssaal des Rathauses. Nach besonderer Begrüßung des neuen Schulleiters Krabl gab Bürgermeister Dr. Kronfeld bekannt, daß Dipl.-Ing. Schwankl nunmehr endgültig nach Dresden und Ausbilder Peinert nach Kößchenbroda versetzt worden sei. Der Schule seien die Herren Krabl, Ernst und Enders neu zugewiesen worden. Anstelle des erkrankten Fräulein Weiske sei in Vertretung Fräulein Kaiser getreten. Dieser fortwährende Lehrerwechsel gereiche der Schule nicht zum Vorteil. Man müsse unbedingt verlangen, daß für die beiden hiesigen Lehrstellen auch ständige Inhaber vorgelesen würden. Stadtd. Hofmann wies bei der Gelegenheit darauf hin, daß sich der Verein für Handel und Gewerbe vor Ostern für die Stützung der Kaufmännischen Klasse eingeleitet habe, daß aber der öftere Lehrerwechsel diese Anstrengungen wieder illusorisch mache, denn schließlich schickten die Lehrerinnen ihre Lehrlinge dann wieder nach auswärts. Er unterstütze, daß bei den zuständigen Stellen ganz energisch gegen den öfteren Lehrerwechsel protestiert werde. Dazu gaben sämtliche Ausschussmitglieder ihre Zustimmung. Einstimmig wurde dann der Haushaltsplan angenommen. Die Ausgabe sei vor wiederum gewaltig am gekürzt worden, so daß der Zuschuß um 1000 Mark geringer als im Vorjahre war. Die Singer-Nähmaschinen-A.G. hat vor Jahren schon der Schule zu Reklamszwecken 11 Nähmaschinen leihweise kostenlos zur Verfügung gestellt, die sie nunmehr käuflich abgeben möchte. Das dafür gemachte Preisangebot lehnte man als zu hoch ab und hofft auf wesentliche Ermäßigung. Stadtd. Hofmann war gegen einen Kauf, wenn der Preis nicht bedeutend unter den Angeboten der Geschäftsleute aus dem Schulbezirk liegt. Das Bezirksschulamt teilt mit, daß der Weitererteilung von Englisch in der Berufsschule nichts entgegensteht und daß auch Kosten nicht entstehen, wenn die Stundenzahl die gleiche bleibt. Deshalb gab auch der Ausschuß seine Genehmigung zur Erteilung von einer Stunde Englisch je Woche unter der Voraussetzung, daß dadurch die Stundenzahl nicht erhöht werden muß. — Anschließend tagte der Verbandsberufsschulvorstand. Auch er protestierte gegen den öfteren Lehrerwechsel, nahm den Haushaltsplan einstimmig an, genehmigte den englischen Unterricht und trat dem Beschluß des Ausschusses wegen der Nähmaschinen bei.

Die Silberne Hochzeit feiert morgen Donnerstag Holzbauer Kurt Birnie und seine Gattin. Wir gratulieren!

Der Bürgerverein hält morgen Donnerstag abend 8 Uhr im Löwen seine Jahreshauptversammlung ab. Vor der Erledigung der üblichen Tagesordnung hält Konrad Tögel einen Vortrag über „Kapital- und Arbeitsbeschaffung“. Die Mitglieder werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Schiffhaus-Vorstellung. „So lang noch ein Walter von Strauß erlbt, solang wird die Erde sich drehn.“ Es ist die Lebensgeschichte der beiden Strauß, Vater und Sohn, die den Hintergrund für deren unsterblichen Melodien abgibt, umrahmt von einem schillernden Spiel. Mit Strauß-Vater unsterblichem Radebühl-Marsch legt der Film ein, und dann spinnst sich der Musikboden weiter bis zur strahlenden „Schönen blauen Donau“. Dazwischen klingen die „Geschichten aus dem Wiener Wald“ auf und noch allerlei aus des Vaters und des Sohnes Werkstatt; der Einfachheit halber komponierte die Familie Strauß gleich am Klavier, und jedermann darf zusehen. Ein Donauvoller Schönheit und Innigkeit unter dem Motto: „So lang noch ein Walter von Strauß erlbt, solang ist die Welt wunderbar.“ — Dieser prächtige und tonlich beste Film des Jahres kommt diese Woche am Donnerstag den 28. April und Freitag den 29. April abends 8.15 Uhr zur Aufführung. Wegen anderweitiger Saalbesetzung mußten die Spieltage auf Donnerstag und Freitag verlegt werden.

Stahlhelm-Führertagung in Meissen. Im letzten Sonnabend fand in Meissen eine Führerbesprechung der Bezirksgruppe Meissen statt. Sie war einberufen, um zu den Auswirkungen und dem Ausfall der Reichspräsidentenwahl Stellung zu nehmen. Nach einem Vortrag des Bezirksführers wurde die Stellungnahme des Stahlhelms dahin zum Ausdruck gebracht, daß der Stahlhelm unter allen Umständen der Bund der Frontsoldaten bleibe, der über den Parteien stehe. Bindungen zu irgendeiner Partei bestehen im Stahlhelm nicht und werden auch vom Stahlhelm nicht gesucht. Der Stahlhelm habe klar erkannt, und die allernächste Zukunft werde diesen Standpunkt befestigen, daß mit dem Stimmzettel nie und nimmer eine Wiedergeburt des deutschen Volkes erreicht werden könne. Nur eine geschlossene Wehr des deutschen Volkes in allen seinen Schichten vom vorkriegsständigen und vorkriegsständigen Parlamentarismus und Parteienwesen könne wieder zum Aufstieg führen. Erst wenn diese Erkenntnis im Volke weiter Raum gewonnen, könne der Umbau und Neubau des Reiches beginnen. Erst dann sei die Stunde des Stahlhelms gekommen, und diese Stunde werde kommen. Möge sie zum Wohle unseres Volkes bald da sein. Bis zur Stunde des Handelns werde der Stahlhelm an seiner vorläufigen Aufgabe weiterarbeiten: den Wehrge danken und den Wehrwilligen zu stärken und seine Mitglieder geistig für den Aufbau des neuen Reiches vorzubereiten. Weiter wurde angeordnet, im Bezirk eine Scharnhorst-Abteilung ins Leben zu rufen. Im Scharnhorst, Bund deutscher Jungmänner, werden Knaben im Alter von 8 bis 17 Jahren aufgenommen. Die Führung des Scharnhorst im Bezirk wurde einem erfahrenen Pädagogen übertragen, dessen Aufgabe es ist, die Scharnhorst-Jugend von dem Gift des Parteigeistes fernzuhalten, sie aber körperlich durch Jugendspiele zu ertüchtigen und ihnen an den Beispielen unserer vaterländischen Geschichte die Liebe zum Vaterland ins Herz zu pflanzen. Es wurden noch die Teilnehmer an der großen Reichsführer-Tagung in Magdeburg bestimmt. An dieser Tagung nehmen 26 Führer der Bezirksgruppe Meissen teil.

Invalidenversicherung. Am 1. April 1932 liefen im Bereiche der sächsischen Landesversicherungsanstalt 272 083 Renten, und zwar: 205 771 Invaliden-, Kranken- und Altersrenten 49 630 Witwenrenten und 16 682 Baifensammrenten (mit rund 23 000 Waisen). Gegenüber den Bestandszahlen vom 1. Januar 1932 ergibt sich somit eine Zunahme von 1152 laufenden Invalidenrenten, während sich die Witwenrenten um 10 338, die Waisenrenten um 13 692 Waisenrenten und 16 983 Waisen zufolge der Rotverordnung vom 8. Dezember 1931 vermindert haben.